



Dr. Edgar Franke

Mitglied des Deutschen Bundestages für Schwalm-Eder/Frankenberg
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesgesundheitsminister

02. Februar 2024

02. Februar 2024

Mit FRANKE AKTUELL berichtet der Bundestagsabgeordnete für Schwalm-Eder/Frankenberg, Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin und aus dem Wahlkreis. Der Newsletter erscheint immer im Anschluss an eine Sitzungswoche des Deutschen Bundestages.

Kontakt

Dr. Edgar Franke, MdB
Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030-227-73319

edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros

Bahnhofstr. 36c
34582 Borken

Tel.: 05682-739729

edgar.franke.wk@bundestag.de

Obermarkt 5

35066 Frankenberg

Telefon 06451-717950

www.edgarfranke.de

www.facebook.com/FrankeEdgar

Inhalt:

Editorial

**Bundeshaushalt 2024 - Ausgaben in Höhe von
477 Milliarden Euro**

**Bundeshaushalt 2024 - Einzelplan für das
Bundesministerium für Gesundheit**

Bilder der Woche



Liebe Leserinnen und Leser,

vor 79 Jahren wurden die Überlebenden im KZ Auschwitz befreit. Das Nazi-Regime und ihre industrielle Vernichtung von Menschen, sind ein historisch beispielloses Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Auch heute gibt es Menschen, die sich gegen unsere plurale Gesellschaft stellen. Sie predigen Rassismus, Menschenfeindlichkeit und Ausgrenzung. Es sind Menschen, die unseren demokratischen Rechtsstaat zerstören wollen. Es sind Menschen, die alle, die nicht in ihr Weltbild passen, vertreiben wollen.

Viele Menschen in Deutschland zeigen klare Kante gegen dieses rechtsextremistische Gedankengut. Allein am vorigen Wochenende hatten sich bundesweit nach Angaben des Bundesinnenministeriums mehr als 900.000 Menschen an Demos gegen rechts beteiligt. Die Demonstrationen zeigen, dass unsere Demokratie wehrhaft ist.

Unser Grundgesetz hat Instrumente, um unsere Demokratie zu verteidigen und sie zu bewahren. Das Verbot, Parteien zu finanzieren, die eine Gefahr für unsere Demokratie und Verfassung sind oder Prüfungen im Rahmen von Verbotsverfahren gehören dazu. Innenministern Nancy Faser richtet den Fokus aber auch auf persönliche und finanzielle Verbindungen in rechtsextremen Kreisen.

Diese Woche haben wir im Bundestag den Bundeshaushalt 2024 verabschiedet. Damit beenden wir die vorläufige Haushaltsführung und konzentrieren uns auf die innere, äußere und die soziale Sicherheit. Einen Abbau des Sozialstaats wird es mit uns Sozialdemokraten nicht geben. Wir lassen die Bürgerinnen und Bürger auch in schwierigen Zeiten nicht allein.

Euer und Ihr





Bundeshaushalt 2024 mit Ausgaben in Höhe von 477 Milliarden Euro

Wir investieren in unsere innere und äußere Sicherheit um unsere Demokratie vor ihren Feinden, von innen und von außen, zu schützen. Wir investieren aber auch in soziale Sicherheit und die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes, damit Arbeitsplätze erhalten werden, aber eben auch viele neue Arbeitsplätze entstehen können. Nur ein technologisch modernes und sozial gerechtes Deutschland, das auf dem Weg zur Klimaneutralität die Menschen mitnimmt, wird auch ein demokratisches Deutschland sein.

Trotz der enormen Herausforderungen ist es uns gelungen, dass der Bundeshaushalt 2024 einen klaren Fokus auf die Stärkung unserer Demokratie sowie der sozialen, inneren und äußeren Sicherheit unseres Landes setzt. Einen Abbau des Sozialstaates gibt es mit uns nicht. Gerade in schwierigen Zeiten stehen wir zu einem starken Staat, der seiner sozialen Verantwortung gerecht wird und die Bürgerinnen und Bürger nicht allein lässt.

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klima- und Transformationsfonds (KTF) müssen wir akzeptieren, dass die großen Transformations- und Investitionsvorhaben im Widerspruch zur Schuldenbremse stehen. Dennoch haben wir in dieser Woche den Bundeshaushalt für 2024 verabschieden können.





Der Haushalt 2024 sieht Ausgaben Höhe von knapp 477 Milliarden Euro vor. Im Vergleich zum Vorjahr sind es fast 20 Milliarden Euro mehr. Dafür nimmt der Bund mit 39 Milliarden Euro Kredite auf und hält auch erstmals seit 2019 die Schuldenbremse wieder ein.

Bild rechts: Nettokreditaufnahme in Milliarden EURO.

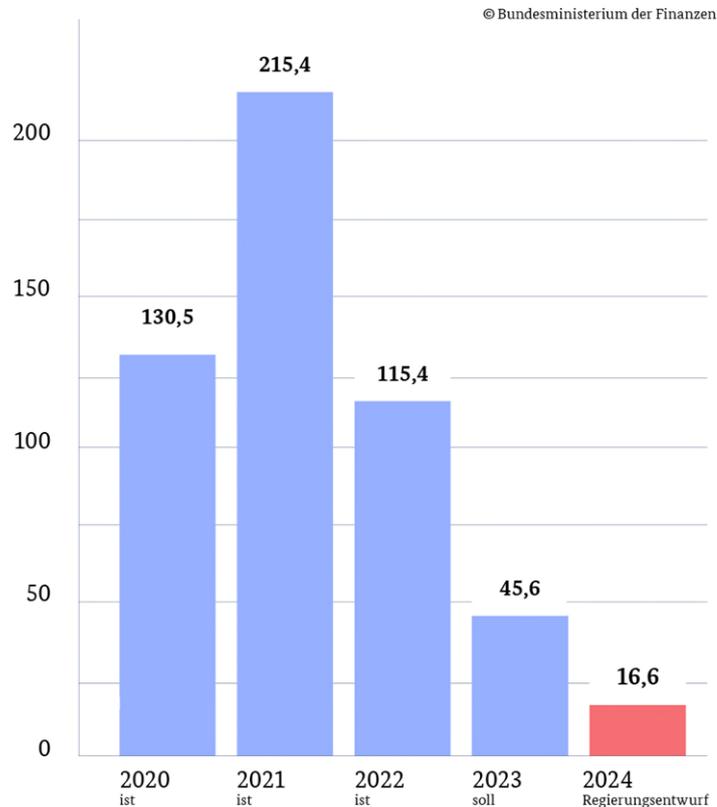
Und der Haushalt kommt ohne neue Sondervermögen aus, also ohne kreditfinanzierte Nebenhaushalte, wie wir es beispielsweise gemacht haben, um die Bundeswehr zu modernisieren.

Dem Klima- und Transformationsfonds (KTF) stehen in diesem Jahr noch knapp 50 Milliarden Euro für Klimaschutz und Subventionen zur Verfügung.

Da die Schuldenbremse nunmehr wieder gilt und die Koalition eine haushaltsrechtliche Notfallsituation mehrheitlich nicht aussprechen wollte, musste eine höhere CO₂-Bepreisung bei Tanken und Heizen zur Refinanzierung eingeführt werden.

Diese hat möglicherweise im Sinne des Klimas eine positive Wirkung, aber gerade im nordhessischen, ländlichen Bereich sind viel Menschen und nicht nur Arbeitnehmer auf ihr Auto angewiesen und deshalb besonders finanziell belastet. Allerdings mussten auch einige Klimafondsprojekte gestrichen werden, etwa die Zuschüsse für den Kauf von Elektroautos.

Insgesamt ist dieser Etat nach den Beratungen im Parlament ein starkes Signal für Stabilität, Gerechtigkeit, demokratische Resilienz und Innovation:



in



- **Wir stärken den Arbeitsmarkt und bringen die Integration voran**

Wir statten die Jobcenter angemessen aus. Ihnen stehen für Maßnahmen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt in diesem Jahr zusätzliche Mittel in Höhe von 700 Mio. Euro und damit insgesamt über 10 Mrd. Euro zur Verfügung. Mithilfe dieser Mittel werden die Ziele der Bürgergeldreform und des sog. Jobturbos umgesetzt, damit Langzeitarbeitslose und Geflüchtete noch schneller in Arbeit vermittelt werden



können.

Zudem sind stärkere Sanktionen für Personen, die zumutbare Arbeitsangebote ablehnen, vereinbart worden. Ihnen kann der Bürgergeld-Regelsatz vollständig gestrichen werden. Durch den Wegfall des Bürgergeld-Bonus kann der Eingliederungstitel um 50 Mio. Euro entlastet

werden.

Viele Geflüchtete aus der Ukraine warten außerdem noch auf wichtige Integrationskurse, um endlich arbeiten zu können. Deswegen stocken wir die Mittel für diese Kurse um 188 Mio. Euro auf. Gleichzeitig kümmern wir uns auch um schnellere und bessere Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften und erhöhen die Mittel für die Migrationsberatung um 20 Mio. Euro.

- **Wir übernehmen Internationale Verantwortung in Zeiten multipler Krisen**

Die Koalition stellt sich ihrer internationalen Verantwortung in diesen krisenhaften Zeiten. Deshalb stehen noch einmal zusätzlich 4 Mrd. Euro für die militärische Unterstützung der Ukraine zur Verfügung – 8 Mrd. Euro insgesamt. Außerdem stärken wir die humanitäre Hilfe mit 500 Mio. Euro, denn wo die Not am größten ist, muss schnell geholfen werden.



- **Demokratieförderung**

Ehrenamt und Freiwilligenarbeit sind die Säulen einer demokratischen Zivilgesellschaft. Deswegen legen wir bei den Freiwilligendiensten und beim Bundesfreiwilligendienst einen Schwerpunkt und stärken sie mit 80 Mio. Euro zusätzlich.

Die Bundeszentrale für politische Bildung kann ihre Arbeit wie gewohnt fortsetzen. Auch das ist ein starkes Zeichen für den demokratischen Zusammenhalt.

- **Schutz jüdischen Lebens in Deutschland**

Nicht erst seit dem unfassbaren Terror der Hamas gegen Israel ist klar: Wir haben einen Auftrag, jüdisches Leben in Deutschland und in der Welt sicherer zu machen. Die antisemitischen Demonstrationen hier und weltweit schockieren uns. Deswegen haben wir in den Haushaltsberatungen einen klaren Schwerpunkt auf die Unterstützung jüdischen Lebens in Deutschland und Europa und den Kampf gegen Antisemitismus und die Unterstützung Israels gelegt. Nachdem wir bereits in den Einzelplanberatungen 10 Mio. Euro mehr investiert haben, wurden in den Bereinigungssitzungen über 100 Mio. Euro zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt.

Besonders hervorzuheben ist, dass mit 7 Mio. Euro den Kibbuz Be'eri wiederaufgebaut werden soll. Dieser wurde beim terroristischen Überfall der Hamas auf Israel weitgehend zerstört.



Hintergrund

Das Kibbuz Be'eri ist nach dem Angriff der Hamas am 07. Oktober 2024 eine Ruine, die Bewohner verschleppt, getötet oder geflohen.

Bundespräsident Dr. Frank-Walter Steinmeier hat den Kibbuz Be'eri im Süden Israels besucht. Dabei hat er eine finanzielle Unterstützung in Höhe von 7 Millionen Euro für den Wiederaufbau des Kibbuz zugesagt, das von schweren Zerstörungen betroffen ist. Der Wiederaufbau wird unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten sowie des israelischen Staatspräsidenten Isaac Herzog erfolgen.



- **Konjunkturmotor Bauwirtschaft**

Um die Bauwirtschaft wieder anzuwerfen, stellen wir dem Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen 1 Mrd. Euro zusätzlich für den klimafreundlichen Neubau zur Verfügung. Wir sorgen für mehr soziale Gerechtigkeit auf dem Wohnungsmarkt. Zugleich für moderne Energiestandards und einen echten Anschlag für die Konjunktur.

- **Klimaschutz vorantreiben**

Die internationale Klimaschutzinitiative wird gestärkt und Deutschlands Rolle in der internationalen Klimafinanzierung weiter ausgebaut. Trotz umfassender Umstrukturierung im Klima- und Transformationsfonds (KTF) infolge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts ist es uns gelungen, viele wichtige Programme für den Klimaschutz und die Transformation abzusichern.

Mit 26 Mrd. Euro fördern wir im KTF in den kommenden Jahren die Wärmewende im Gebäudebereich. Über 3,5 Mrd. Euro stehen für Maßnahmen des natürlichen Klimaschutzes zur Verfügung.

- **Stärkung der Parlamentsrechte**

Durch verschiedene Änderungen in der Bundeshaushaltsordnung und dem Haushaltsgesetz ist die Stellung des Haushaltsausschusses als Teil der legislativen Gewalt gestärkt worden.

Als Beispiele hierfür sei genannt: Die Einführung der Zustimmungspflicht bei über- und außerplanmäßigen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen ebenso wie vor der Inanspruchnahme von Gewährleistungen.



- **Ein starker Gesundheitsbereich nach der Pandemie**

Die Corona-Pandemie hat uns schwer zugesetzt. Immer noch leiden viele Menschen und ganz besonders Kinder unter den Folgen einer schweren Covid-Erkrankung.

Nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig die internationale Zusammenarbeit auch im Bereich der Gesundheit ist.



Bundeshaushalt 2024 - Einzelplan für das Bundesministerium für Gesundheit

Der Etat für das Bundesministerium für Gesundheit war aufgrund der Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie in den Jahren 2021 und 2022 gewachsen. 2023 liefen die ersten Maßnahmen zur Bekämpfung von Corona aus, dabei betrug der Etat noch 24,5 Mrd. Euro. Mit Ende der epidemischen Lage werden nun die Mittel weiter angepasst und sind auf insgesamt 16,2 Mrd. Euro gesunken.

In der Ampelkoalition haben wir im Rahmen der Haushaltsberatungen vor allem in den Bereichen Digitalisierung, internationale Gesundheit, Gesundheitsprävention und Forschung zu Long Covid die Umsetzung zentraler Punkte des Koalitionsvertrages angeschoben.

Besonders erfreulich dabei ist die Bereitstellung von Mitteln für Forschungsvorhaben zu Long-Covid auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion. Insgesamt stellen wir in den nächsten fünf Jahren über 100 Mio. Euro zur Verfügung.

Darüber hinaus haben wir einen Schwerpunkt auf Kinder und Jugendliche mit Long Covid Erkrankung gelegt. Wir nehmen für Modellmaßnahmen zur Versorgung von Kindern und Jugendlichen weitere 52 Mio. Euro bis 2028 in die Hand. Denn sowohl die wissenschaftlichen Erkenntnisse als auch die flächendeckende Versorgung sind aktuell unzureichend. Wir wissen, dass Long Covid bei Kindern und Jugendlichen oft anders verläuft als bei Erwachsenen. Mit den Maßnahmen ermöglichen wir, dass die individuellen Bedarfe mitbedacht werden und eine spezialisierte pädiatrische Versorgung erfolgt.

Auch im internationalen Bereich haben wir dafür gesorgt, dass wir finanziell gut aufgestellt sind – mit einer Erhöhung des Titels „Stärkung der internationalen öffentlichen Gesundheit“ um 10,3 Mio. Euro auf 60,3 Mio. Euro. Darin enthalten sind 6,8 Mio. Euro für UNAIDS. Außerdem stellen wir 1 Mio. Euro für den World Health Summit und 900.000 Euro für den Global Health Hub Germany bereit. Weitere 1,4 Mio. Euro sind für die Globale Gesundheit gedacht.

Die nationalen Mittel für die Aidsaufklärung wurden um 3,2 Mio. Euro auf 13,1 Mio. Euro erhöht. Dies soll unter anderem zur Stärkung der Deutschen AIDS-Hilfe dienen.



Der Präventionsbereich Drogen und Sucht war ein besonderes Anliegen. Da eine gute Prävention uns eine langwierige Nachsorge in diesem Bereich ersparen kann. Es ist uns gelungen, trotz knapper Finanzlage den Titel wieder auf das Vorjahresniveau von 13,2 Mio. Euro anzuheben. Weiterhin werden wir alles dafür tun, dass Drogen- und Suchtkrankheiten erst gar nicht entstehen. Die Legalisierung von Cannabis begleiten wir mit zusätzlichen 6 Mio. Euro, um Informations-, Aufklärungs- und Präventionsangebote leisten zu können. Eine Mio. Euro stehen für eine entsprechende Evaluierung bereit.

Mit ergänzenden 4,7 Mio. Euro wollen wir die Digitalisierung weiter voranbringen. Denn Digitalisierung und die Anwendung von KI im Gesundheitssystem können zu finanziellen Einsparungen, einer Entlastung der Arbeitnehmer und einer Verbesserung der Behandlungsqualität führen. Bei der Umsetzung des Digital-Gesetzes sollen die Maßnahmen zur Einführung der elektronischen Patientenakte begleitet werden.

Hintergrund

Der Deutsche Bundestag hat am 14. Dezember das Digital-Gesetz in 2./3. Lesung beschlossen. Als Kernelement des Digital-Gesetzes wird die elektronische Patientenakte (ePA) ab 2025 für alle gesetzlich Versicherten bereitgestellt. Sie wird den Austausch und die Nutzung von Gesundheitsdaten vorantreiben und die Versorgung gezielt unterstützen – im ersten Schritt durch die Einführung eines digital unterstützten Medikationsprozesses. Wer die ePA nicht nutzen möchte, kann dem widersprechen (Opt-Out).

Die Mittel für das Notaufnahmeregister heben wir um weitere 2 Mio. auf insgesamt 3 Mio. Euro an, denn die Corona-Pandemie hat verdeutlicht, dass die Erfassung der Behandlungs-Kapazitäten in den Notaufnahmen eine Notwendigkeit für die Krisenbewältigung ist.

Schließlich haben wir mit der Ampelkoalition in den Bereichen Pflege, Kindergesundheit und suizidgefährdeter Menschen mehr Geld eingesetzt und damit die Umsetzung zentraler Punkte des Koalitionsvertrages finanziell ausgestattet. Darüber hinaus haben wir 1,3 Mio. Euro dafür vorgesehen, dass Lieferengpässe bei den Arzneimitteln zukünftig besser abgewendet werden können.



Bilder der Woche



Im Reichstagsgebäude:
Gespräch über die geplante
Krankenhausreform mit **Dr.
Alexei Korchounov-Fischbach,
Chefarzt Marienhaus Klinikum
Mainz** (Bildmitte) und mit
meinen hessischen CDU-
Kollegen Klaus-Peter Wilsch.



Neujahrsempfang beim Medienunternehmen
Table.Media. Im Bild links mit Table.Media-
Chefredakteur Michael Bröcker (früher Chefredakteur
der Rheinischen Post und bei The Pioneer).

Table.Media mit Sitz in Berlin wurde 2020 von
Sebastian Turner, der davor „Tagesspiegel“-
Herausgeber war,
als Herausgeber
gegründet.
Table.Media
veröffentlicht
digitale Briefings
zu Themen wie
zum Beispiel
China,
Europa/EU-

Regulierung, Bildung oder Klima und finanziert sich
unter anderem durch Abonnements.

Bild rechts: „Volles Haus“ bei Table.Media.





In meinem **Büro im Bundesgesundheitsministerium.**

Neben der Beantwortung vieler Schreiben aus dem Gesundheitsbereich und dem Wahlkreis, habe ich auch viele Anfragen von Autogrammsammlern.

Während ihres zweiwöchigen Schülerpraktikums hatte **Maray Schröder** die Möglichkeit in meinem Berliner Bundestagsbüro die tägliche Arbeit eines Abgeordneten näher kennen zu lernen. Dabei erfuhr sie vor allem etwas über die Vielseitigkeit der Politik, aber auch wie wichtig es ist, sich mit vielen unterschiedlichen Themen zu befassen. Das Bild entstand im Reichstagsgebäude.





Die Healthcare Frauen e.V. ist ein Businessnetzwerk führender Managerinnen der Gesundheitsbranche. Die **#GoRed-Initiative** der Healthcare Frauen hat am 1. Februar 2024 die Frauenherzgesundheit zum Thema eines Parlamentarischen Frühstücks in Berlin in den Räumen der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft, deren stellvertretender Präsident Edgar Franke ist, gemacht.

Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Medizin und Politik tauschten sich zum Umgang mit weiblichen Belangen in der Herzgesundheit aus, darunter **Dr. Sigrid Evelyn Nikutta, Vorstandin Güterverkehr Deutsche Bahn AG** (Bild).



Frauenherzen schlagen anders. Auch bei Frauen sind in Deutschland Herz-Kreislauf-Erkrankungen die Todesursache Nr. 1. Ob Herzinfarkt, Bluthochdruck oder Herzrhythmusstörungen. Mir liegt diese Initiative besonders am Herzen, da ich durch persönliche Erfahrungen weiß, wie wichtig nicht nur Prävention, sondern auch eine zielgerichtete Behandlung und Betreuung bei Frauen mit Herzerkrankungen ist.



Ohne Worte...

IMPRESSUM

Eine Information des Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke. Die Infos werden bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Tino Basoukos, Seite 2 Thomas Köhler / photothek.net, Seite 3 statista – Download: <https://de.statista.com/infografik/14562/bundeshaushalt-deutschland/>, Seite 4 Bundesfinanzministerium <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2023/07/2023-07-05-regierungsentwurf-bundeshaushalt-2024.html>, Seite 5 Image by Gerd Altmann from Pixabay, Seite 6 Denkmal Hoffmann von Fallersleben - Image by falco from Pixabay, Seite 7 Image by simonschmid614 from Pixabay, Seite 10 bis 12 Edgar Franke.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.